

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 40. 34. Jahrg.

30. Septbr. 1921

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 5 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 10 Mk.

## Redaktion:

Hans Rounger, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88/III. Redaktions-schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 :: Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1.- Mk. bei Wiederholung-Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 50 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - Zuschriften an die Expedition erbeten

## Inhalt:

**Hauptteil:** Trotzdem Graphischer Einheitsverband. Rundschau. Ein Gesetz über die Arbeitszeit. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1920. - **Gewerkschaftl. Rundschau:** Neue Lohnabkommen im Buchbindergewerbe. - **Allgemeines:** Gautag in Breslau. Eine Senefeldermappe. Einige Winke für die gesanglich-musikalische Ausschmückung der 150-Jahrfeier Alois Senefelders. Ortsberichte: Aschaffenburg, Chemnitz, Göppingen, Heidelberg, Magdeburg, Mannheim, Meißen, Reichenbach, Würzen, Würzburg. - **Photomech. Fächer:** Ortsbericht Leipzig, Chemigraphen. - **Tapetenbranche:** Ortsbericht Berlin, Dessau, Formstecher. - **Anzeigen.**

## Trotzdem Graphischer Einheitsverband.

Wenn in unserem letzten Artikel die Gründe dargelegt wurden, die auch unter dem Zeichen des Graphischen Einheitsverbandes die Lohnbäume nicht in den Himmel wachsen lassen, so nur zu dem Zwecke, diejenigen Kollegen, die in dieser Beziehung für die Dauer ein Rundreisebillet in den Himmel in der Tasche haben, wieder auf den steinigten, stacheligen und harten Boden der Realitäten zurückzuführen. So notwendig es schließlich für eine nach vorwärts gerichtete Bewegung auch sein mag, nicht alle Ecken, Kanten, Schwierigkeiten und Hindernisse vor Antritt eines Vormarsches genau zu untersuchen und festzustellen, weil damit, wenn Massen in Frage kommen, sehr leicht eine Hemmung des Willens, vorwärts zu kommen, verbunden sein kann, müssen doch alle Illusionen rechtzeitig zerstört werden, die geeignet sind, diesen Vormarsch lange vor seinem Ziele zum Stehen zu bringen. Und eine Illusion dieser Art ist es, wenn in einem Teile der Kollegen der Glaube sich verankert hat, daß der Graphische Einheitsverband in der Lage sei, die Lohnverhältnisse in relativ kurzer Zeit weit über die heutige Grundlage hinauszuhoben. Daß der Graphische Einheitsverband, allgemein betrachtet, eine bessere Grundlage zur nachdrücklicheren Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zugunsten der Arbeiter ist, dürfte als Selbstverständlichkeit Allgemeingut der Kollegenschaft sein, wie auch der nicht von den schlechtesten Köpfen geäußerte Gedankengang, daß es am Anfang des Graphischen Einheitsverbandes gilt, vielleicht gar auf Kosten der besserbezahlten Berufsarbeiter, die zurückgebliebenen Schichten auf den Durchschnitt hinaufzuheben, nicht unrichtig ist.

Doch das dürften Fragen mehr untergeordneter Natur sein, wie überhaupt die Lohnfragen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung immer mehr in den Hintergrund treten werden! Angesichts der jetzt herrschenden Lohnbewegungs-Hochkonjunktur und der durchaus nicht abzuweisenden Tatsache, daß die neue Teuerungswelle noch gar nicht alle Perspektiven erkennen läßt, anscheinend eine kühne Behauptung. Doch wer sich nur eine kurze Zeit in das außerordentlich komplizierte Getriebe der Volkswirtschaft hineingräbt, auch wenn er nicht all die feinen Kanäle bis zu ihrem Endpunkt zu verfolgen in der Lage ist, muß zu dem Resultat kommen, daß eine ungesunde Entwicklung

ihren Lauf genommen hat, die nur in einem Zusammenbruch ihr Ende finden kann.

Erst von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist der im Aufruf des ADGB.: Kampf gegen die Teuerung zum Ausdruck gebrachte Wille, die Änderung der Wirtschaftspolitik in der Richtung zur Gemeinwirtschaft (Vergesellschaftung der Produktionsmittel) herbeizuführen, in voller Größe zu erfassen. Denn in ihm liegt das Eingeständnis vergraben, daß die Gewerkschaften über einen gewissen Punkt hinaus die Lebenslage der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft nicht heben können. Sie sind deshalb, ihrer historischen Mission folgend, verpflichtet, an den Grundlagen der bestehenden Wirtschaftsform zu rütteln und im Schoße der bestehenden Wirtschaft die Kräfte heranzubilden, die zur Umstellung der Wirtschaft notwendig sind. Diese Umstellung der Wirtschaft dem Ziele der Gemeinwirtschaft zu bewußt zu wollen, ist Klassenkampf reinsten Wassers und eine erneute Bestätigung dafür, daß die freien Gewerkschaften, ob sie wollen oder nicht, Organe des Klassenkampfes sein müssen.

Die frühere Grundlage des Wesens und des Inhaltes der freien Gewerkschaftsbewegung, „im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern möglichst günstige Arbeits- und Existenzbedingungen zu sichern“, ist durch die Novemberrevolution vollständig verschoben worden. Forderungen der Gewerkschaften, die vor dem Kriege die Arbeiter in heller Begeisterung erglänzen ließen, wie Achtstundentag, Erwerbslosenfürsorge, freies Koalitionsrecht und einige andere mehr, sind erfüllt. Andere der Verwirklichung erheblich nähergebracht worden. Überhaupt: das ganze Tätigkeitsfeld der Gewerkschaften ist durch die mit der politischen Umwälzung akut gewordene soziale Revolution von Grund aus verändert, und ihr sind Probleme zur Lösung aufgegeben worden, die so schwierig und kompliziert sind, daß es der ganzen Tatkraft, Intelligenz und Geschlossenheit der gewerkschaftlich organisierten Hand- und Kopf-arbeiter bedarf, um sie in der gegenwärtigen Zeit unerhörtester Kapitalkonzentration und Kapitalkraft überhaupt nur vorwärtszutreiben. Das wichtigste, aber auch schwierigste Problem dabei ist das Produktionsproblem die Demokratisierung der Wirtschaft und die Übernahme des Produktionsprozesses durch die Arbeiter — denn um dieses Problem ranken sich alle andern als mehr oder weniger abhängig. Erst jetzt, bei der Inangriffnahme des wirtschaftlichen Teiles der Befreiung der Arbeiterklasse, zeigen sich die Schwierigkeiten, Mannigfaltigkeiten und Kompliziertheiten des Sozialismus und rächen sich die Tage, die uns nur von der Agitation leben ließen. Und trotz dieser Erkenntnis immer wieder neue Versuche, in die Fehler vergangener Zeiten zurückzufallen, wieder von der Agitation zu leben und der doch wahrlich schwer genug errungenen Einsicht, daß alles, was Bestand auch in der Zukunft haben soll, erarbeitet sein muß, ins Gesicht zu schlagen. Die Beherrschung der Produktion durch die Arbeiter und ihre Ausgestaltung und Or-

ganisierung zur Befriedigung aller Bedürfnisse setzt Fähigkeiten und Kenntnisse voraus, die die Arbeiter schlechterdings nicht besitzen. Nicht am bösen Willen der Führer hat es gelegen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse während der Revolution so ganz unbeachtet blieben, sondern die ideologische Reife der Massen fehlte und fehlt auch heute noch. Das ökonomische Wissen der Arbeiter weist einen geradezu tieftraurigen Zustand auf! Kann doch mit gutem Gewissen gesagt werden, daß große Massen noch nicht einmal mit einem Scheine wirtschaftstheoretischer Kenntnisse belastet sind. Was das heißen will angesichts dieser Aufgabe und des wunderbaren Mechanismus der Wirtschaft, die Weltwirtschaft ist, dieses Räderwerk zu leiten durch die Arbeiter, begreift erst, welche riesengroße Aufgabe die Gewerkschaften zu lösen haben.

Wir sehen in diesem Zusammenhange davon ab, die Frage zu untersuchen, ob die sich jetzt zeigenden wirtschaftlichen Erscheinungen Zeichen des Verfalls oder Zeichen einer weiteren Entwicklung des Kapitalismus sind. Fest steht, daß der Kapitalismus sich durchaus nicht abgewirtschaftet fühlt und sich in einer Weise entwickelt, die den Gipfelpunkt der Kurve heute noch nicht absehen läßt. Der Kapitalismus erweist eine Zähigkeit und Lebenskraft, die durchaus nicht darauf schließen läßt, daß er bald von der Weltbühne abtreten will, und was sich in der letzten Zeit an kapitalistischer Konzentration, an Zusammenballungen des Industrie- und Finanzkapitals vollzogen hat, stellt alles bisher dagewesene in den Schatten. Ob aber gerade diese geradezu treibhausmäßige Entwicklung nicht ein Zeichen der Überentwicklung, ein Zeichen des kapitalistischen Verfalls ist, das soll, wie gesagt, nicht Gegenstand der Untersuchung sein.

Aber diese Andeutung gehört mit dazu, das skizzenhaft aufgerissene Bild zukünftiger Gewerkschaftstätigkeit abzurunden. Im Brennpunkt ihrer Tätigkeit wird und muß stehen: Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Beherrschung der Produktion durch die Arbeiter! Die Beherrschung der Produktion durch die Arbeiter aber muß heißen: Mit weniger Kräfteaufwand mehr leisten! Mehrleistung bei weniger oder gleichem Kräfteaufwand, selbst bei starker technischer Vervollkommnung, ist aber nur mit Hilfe einer bis ins Kleinste gehenden horizontalen wie vertikalen Zusammenfassung aller Produktivkräfte möglich, die neben einer weitsichtigen, alle Zwischenfälle politischer wie natürlicher Hemmungen beachtende Planwirtschaft auch zugleich eine in unanfechtbarer Weise geregelte Güterverteilung betreibt. Eine solche Planmäßigkeit durchzuführen, langen unsere heutigen Organisationsformen nicht aus, und wir müssen, ob wir wollen oder nicht, unsere gewerkschaftlichen Organisationen auf die Erreichung wie die Durchführung dieses Zieles umstellen.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel anzustreben heißt aber auch, den Mechanismus der Wirtschaft beherrschen zu lernen. Entgegengesetzt unserem bisherigen

Tun, das in der Hauptsache darin bestand, durch die Gewerkschaften im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft den Arbeitern möglichst günstige Arbeits- und Existenzbedingungen zu sichern, müssen wir versuchen, uns in die Methoden der Produktion hineinzuarbeiten, die gesamte Wirtschaft kennen zu lernen. Mit den bisher angewendeten Mitteln ist das erfolgreich unmöglich. Zwar haben auch die Führer der Gewerkschaften bisher versucht, nach bestem Wissen und Gewissen die Arbeiter in das Wesen der Wirtschaft einzuführen, aber ihre Überlastung mit allerhand ganz natürlich aus der Bewegung herauswachsendem Kleinkram gestattet auch ihnen nicht, bis auf den Grund der von vielerlei Strömungen durchzogenen Wirtschaft zu blicken. Soll die wirtschaftliche Schulung der Massen, insbesondere der in erster Linie als Stütze einer demokratisierten Wirtschaft geltenden Betriebsräte, durchgeführt werden, dann müssen für diese Zwecke geschulte Wirtschaftler freigestellt werden, um sich ihrer Aufgabe ganz widmen zu können. Das können aber Berufsorganisationen schon aus finanziellen Gründen nicht, ganz abgesehen davon, daß die Wirtschaft schon längst über die Form der Berufsgliederung hinausgewachsen ist. Aber diese Arbeit muß geleistet werden! Und mit ihr Hand in Hand muß eine viel intensivere allgemeine Durchbildung der Arbeiter gehen, wollen wir von der bisher geübten Negation zum Positivismus, zum Aufbau einer neuen und besseren Wirtschaft kommen.

Diese neue und bessere Wirtschaft ist die Wirtschaft der Organisation. Ihr muß die Wirtschaft des Individualismus weichen. Sie vorzubereiten, erfordert schon eine geistige Erneuerung, eine geistige Umstellung der Arbeiter. Nur ein neuer Arbeitertyp kann die gewerkschaftlichen Aufgaben der Zukunft meistern, ein Typ mit hohen Idealen, Verantwortungsgefühl, umfassendem Weiblich und starkem Glauben an seine Mission. Der neue Arbeiter muß; kurz gesagt, der Mensch der Organisation sein.

Den Gewerkschaften als die Zusammenfassung der Wirtschaftskraft der Arbeiter ist diese Erziehungsarbeit zu leisten ebenfalls vorbehalten, und sie müssen sich darauf einstellen. Die Berufsverbände sind zur Leistung dieser Zukunftsarbeit unbestritten nicht geeignet und deshalb von der Entwicklung dazu verurteilt, einer höheren Form der Organisation Platz zu machen. Der sich überall mit Macht durchsetzenden Idee des Industrieverbandes können auch die Arbeiter der graphischen Berufe auf die Dauer nicht widerstehen; sie müssen der Entwicklung ihren Tribut zollen. Mag auch das Werden des Graphischen Einheitsverbandes als eine Etappe zum Industrieverband der papiererzeugenden und papierverarbeitenden Industrie mit allerlei Nebendingen umrankt sein und das ungeschulte Auge die wirklichen Triebkräfte nicht vollständig erkennen, unabweisbar steht fest, daß das Wesen des Graphischen Einheitsverbandes nicht die Sicherung möglichst günstiger Arbeits- und Existenzbedingungen im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft sein kann, sondern daß das Wesen des Graphischen Einheitsverbandes bestimmt wird durch den historischen Zwang, die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit zu überführen. Wie weit es daneben dem Einheitsverbande gelingt, eine günstigere Regelung der Lohnverhältnisse herbeizuführen, hängt wesentlich von der Gestaltung der Wirtschaft ab. Doch wie sich auch diese Dinge gestalten mögen, von grundlegender Bedeutung ist, daß er durch seine „öde“ Gleichmacherei der Löhne die Grundlage für eine organisierte Wirtschaft schafft und Solidarität und Verantwortungsgefühl erst richtig zur Entfaltung bringt, ohne die die neue Wirtschaft nicht existieren kann.

Das sind die Gründe, die jeden weit-sichtigen Kollegen veranlassen müssen, durch intensive Klein- und Mitarbeit am Fundamente des Einheitsverbandes mitzubauen und ihn wurzelfest zu verankern. Der Graphische Einheitsverband dagegen, durch ein Macht-wort der Berufsverbandszentralen errichtet auf der reinen Grundlage der Sicherung möglichst günstiger Arbeits- und Existenzbedingungen der Arbeiter im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft, müßte bald wieder auseinander-springen, weil er die Hoffnungen, die dann auf ihn gesetzt werden, schlechterdings nicht erfüllen kann. Deshalb wollen wir bewußt den Graphischen Einheitsverband als erste Etappe auf dem Wege zum Industrieverband, aber nicht ausschließlich als Lohnerhöhungsmaschine, sondern als gewerkschaftliches Kampfmittel im Ringen der Arbeiterklasse um eine bessere Welt!

## Rundschau.

**Ein Verband selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker Deutschlands.** Am 3. und 4. September haben sich die selbständigen Lithographen, Maler und Zeichner in einer Delegiertenversammlung in Leipzig zu einer Organisation zusammengeschlossen. Die Organisation führt den Namen: „Verband selbständiger Lithographen und Gebrauchsgraphiker Deutschlands“. Als Verbandszweck wird folgendes angegeben: „Förderung und Hebung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes und Unterbindung der Schleuderangebote. Beratung in Berufs- und Geschäftsfragen. Schiedsgericht in Streitfällen von prinzipieller Bedeutung. Rechtsschutz für seine Mitglieder. Festsetzung von Berechnungsgrundsätzen und anderer Sicherungen. Pflichtanerkennung des jeweiligen Tarifes durch seine Mitglieder. Alle selbständigen Lithographen und Gebrauchsgraphiker werden aufgefordert, sich zwecks weiterer Auskunft mit der Geschäftsstelle, Berlin O 27, Grüner Weg 109 III, in Verbindung zu setzen.“

**Gewerkschaftskongreß.** Der 11. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands wird in der Zeit vom 19. bis 24. Juni 1922 stattfinden. Tagesordnung und Tagungsort sind noch nicht festgesetzt.

**Der erste AfA-Gewerkschaftskongreß** wird am 2. und 3. Oktober in Düsseldorf stattfinden. Als Tagesordnung ist u. a. vorgesehen: Die Reorganisation des AfA-Bundes, die Fortbildung des Arbeitsrechts und die Neuordnung der Sozialversicherung. Der Allgemeine freie Angestelltenbund, der aus der früheren Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht hervorgegangen ist und heute die Spitzenorganisation aller freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände (Handlungshelfen, Techniker, Werkmeister, Bühnenangestellte, Bankbeamte usw.) darstellt, umfaßt 12 Organisationen mit rund 750 000 Mitgliedern. Die angeschlossenen Verbände, zu denen der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Werkmeister-Verband und andere gehören, waren früher nur lose kartelliert, während nunmehr der AfA-Bund nach der auf dem Kongreß zu beschließenden Reorganisation für die Angestelltenverbände eine festgefügte Großorganisation bilden wird, die in ihrem Aufbau dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gleicht und mit ihm durch einen kürzlich abgeschlossenen Organisationsvertrag eng verbunden ist.

**Erhöhung der Druckpreise.** Auf Grund der Ermächtigung des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker vom 28. Juni 1921 hat das Tarifamt folgendes beschlossen:

Alle vertraglich festgelegten Herstellungspreise für Drucksachen, bei denen die jetzt geltenden Teuerungsaufschläge noch nicht erreicht sind und durch die neue Erhöhung nicht überschritten werden, sind um 10 v. H. der gegenwärtig erhaltenen Teuerungsaufschläge zu erhöhen. Die Preis-erhöhung tritt mit dem 1. August d. J. in Kraft.

**Philosoph und Geldscheinfälscher.** Seit einem halben Jahre wurden besonders in Berlin falsche Tausendmarkscheine in den Verkehr gebracht. Sie waren besonders daran zu erkennen, daß sie im Druck gewöhnlich fahler waren als die echten. Auch waren die bei den echten Noten in das Papier eingewirkten Faserstreifen bei den Fälschungen durch aufgeklebte Fasern ersetzt. Besonders kenntlich waren sie auch daran, daß auf dem grünen und roten Stempel des Reichsbankdirektoriums der kleine Adler im Brustschild des großen Adlers bei den Fälschungen nur in einem unbestimmten Farbfleck bestand, während er bei den echten Noten in seinen Umrissen deutlich erkennbar ist. Die Hersteller und Verbreiter dieser falschen Tausendmarkscheine sind jetzt von der Reichsbank-Fälschungs-Abteilung ermittelt und festgenommen worden. Es sind ein Lithograph Erwin Pofahl, dessen Bruder, Photograph Bruno

Pofahl, und ein „Schriftsteller“ Franz Wydrinski, der in der Holzmarktstraße 48a wohnte und in seiner Wohnung auch die Fälscherwerkstatt eingerichtet hatte. Dieser Wydrinski ist eine nicht uninteressante Persönlichkeit. Lithograph von Beruf, entdeckte er in jungen Jahren bei Hemmental in der Schweiz einen Schieferbruch, der sich zur Herstellung von Lithographiesteinen ebenso eignen soll wie der bekannte Solenhofer. Der Lithograph wurde später Schriftsteller und Erfinder eines Stenographiesystems, das nach ihm das Wydrinskische heißt. Er nennt sich jetzt Philosph und hat Weihnachten 1920 eine Broschüre über die Systematik aller Begriffe und die Entdeckung der Patogorien als Lösung aller philosophischen Probleme herausgegeben. An den Geldscheinfälschungen will er sich nicht aus Eigennutz beteiligen haben, sondern um seine dem Laien reichlich phantastisch anmutenden Pläne einer „Reform der Gesamtwissenschaft“ gegen die Ablehnung der Wissenschaftler durchsetzen zu können. („Vorwärts“.)

## Aus dem Auslande.

**Der amerikanische Gewerkschaftsbund.** Im Juni 1921 tagte der Kongreß des nordamerikanischen Gewerkschaftsbundes. Nach dem vom Vorstand vorgelegten Bericht hat sich die Zahl der angeschlossenen Verbände nicht erhöht, blieb also auf der Zahl des Vorjahres (110) stehen. Gestiegen ist die Zahl der Staats-Gewerkschaftskartelle von 46 auf 49 und die Zahl der örtlichen Kartelle von 926 auf 973. Die Mitgliederzahl ist von 4 078 740 auf 3 906 528 gesunken, also um 172 212 oder rund 4%. Über 100 000 Mitglieder zählen folgende Verbände:

	1920	1921
Bergarbeiter	393 600	425 700
Zimmerer und Tischler	331 500	352 100
Maschinenbauer	330 800	273 600
Eisenbahn-bureauangestellte	186 000	169 600
Elektrizitätsarbeiter	139 200	142 000
Fuhrleute u. Kraftwagenführer	110 800	105 700
Maler und Tapezierer	103 100	113 300
Eisenbahnangestellte	98 700	103 300
Seeleute	65 900	103 300

Den meisten Mitgliederverlust weisen die Maschinenbauer auf, nämlich 57 200. — An Streikunterstützung wurden 8 462 000 Dollar im Berichtsjahr gezahlt. An sonstigen Unterstützungen wurden von 52 berichtenden Verbänden 5 700 000 Dollar ausgegeben. Unter diese Summe fallen 3 Millionen Dollar Sterbegelder, 1,2 Millionen Dollar Krankenunterstützung und 900 000 Dollar Arbeitslosenunterstützung.

**Gewerkschaften in der Republik Polen.** Die polnischen Gewerkschaften zählten Ende 1919 nach dem Bericht der Zentralkommission der freien Gewerkschaften (centralna komisja wolnych związkow zawodowych) 333 735 Mitglieder, die in dieser Kommission vertreten waren. Im Jahre 1920 stieg die Zahl der Mitglieder auf 506 000. Davon entfielen auf Kongreßpolen 322 000, auf Galizien 156 000, auf das ehemalige preußische Gebiet 28 000 Mitglieder. Nach dem Ausweis der Gewerkschaftszentrale zählen die sechs stärksten Verbände Mitglieder: Landarbeiter 110 800, Metallarbeiter 89 100, Textilarbeiter 74 900, Bergarbeiter 68 300, Maurer 36 400, Holzarbeiter 12 400. Außer den Mitgliedern der freien Gewerkschaftszentrale zählen nach der behördlichen Statistik die nationalpolnischen Verbände 436 000 Mitglieder und die christlichen Verbände 50 000 Mitglieder.

## Ein Gesetz über die Arbeitszeit.

Endlich ist ein Gesetzentwurf über die Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter erschienen, der dem immer unhaltbarer werdenden Zustand lediglicher Anordnung des Achtstundentages durch das Demobilisationsamt vom 23. November 1918 aufheben will. Die damalige Anordnung gab den Demobilisationskommissaren die Befugnis, Ausnahmen von der Beschäftigungsbeschränkung zu erteilen, was zu allerlei Streitigkeiten führte, die durch noch bestehende Gesetze, z. B. der Gewerbeordnung, immer verwickelter wurden. Hinzu kommt noch, daß die Gültigkeit der Anordnung, die zunächst nur für die Zeit der wirtschaftlichen Demobilisation in Geltung gesetzt war, weiter nur bis zum 31. März 1922 befristet wurde.

Der Gesetzentwurf versucht in 27 Paragraphen die ganze Materie zu regeln und gliedert sich in folgende sieben Untergruppen: I. Geltungsbereich, II. Arbeitszeit im allgemeinen, III. Besondere Schutzbestimmungen für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, IV. Ausnahmen, V. Aufsicht, VI. Strafbestimmungen, VII. Ausführungs- und Schlußbestimmungen.

Dieser neueste Entwurf unterscheidet sich nur in Kleinigkeiten von jenem Gesetzentwurf, der vor etwa Jahresfrist in der Öffentlichkeit bekannt und von der Arbeiterschaft abgelehnt wurde. Er ist, wie jener, ein Entwurf gegen den Achtstundentag. Der Achtstundentag wird in dem Entwurf wohl erwähnt, aber nicht gesetzlich festgelegt. Zwar wird im ersten Satz des § 5 davon geredet, daß die wertigliche Arbeitszeit die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Der



zweite Satz des § 5 wirft diese Bestimmung aber glatt über den Haufen. Hier heißt es, wenn an einzelnen Werktagen, insbesondere an Sonnabenden, weniger als acht Stunden oder überhaupt nicht gearbeitet wird, kann an den übrigen Tagen neun Stunden gearbeitet werden. Nach dem Entwurf soll der gesetzliche Höchstarbeitstag also nicht der Achtstundentag, sondern der Neunstundentag sein. Allerdings darf nicht an allen sechs Werktagen neun Stunden gearbeitet werden. Das würde eine Wochenarbeitszeit von 54 Stunden ergeben, während der Entwurf eine solche von 48 Stunden vorsieht.

Aber die zugelassenen Ausnahmen heben diese vorgesehenen 48 Stunden fast restlos wieder auf, wenn man sich folgende Bestimmungen vergegenwärtigt. Festgesetzt werden können an längerer Arbeitszeit:

1. für ununterbrochene Betriebe die durchschnittliche 56-Stunden-Woche mit Achtstundenschichten und höchstens 16-stündigen Wechselschichten (§ 6);
2. für Arbeiten in Notfällen, insbesondere zur Verhütung erheblicher Störungen und bei nicht vorherzusehenden Unterbrechungen des Betriebes durch Naturereignisse oder Unglücksfälle (§ 18);
3. für Arbeiten zur Bewachung der Betriebsanlagen, zur Reinigung und Instandhaltung, durch die der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist (§ 18);
4. für Arbeiten, von denen die Wiederaufnahme des vollen Betriebes abhängig ist (§ 18);
5. für den Bereich von allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen, sobald durch diese im Rahmen der gesetzlich zugelassenen Ausnahmen eine abweichende Arbeitszeitregelung vereinbart ist (§ 19);
6. mit Genehmigung des Bezirkswirtschaftsrates abweichende Arbeitszeitregelungen auch in nicht allgemein verbindlich erklärten Tarifverträgen (§ 19);
7. bei außergewöhnlicher Hüfung der Arbeit sowie in Gewerben, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten des Jahres ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt oder deren Betrieb ihrer Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist (§ 20);
8. unter außergewöhnlichen Verhältnissen, insbesondere zur Ersparung von Brennstoffen (§ 21);
9. für gewisse Arbeitszweige oder Gruppen von Arbeitern, bei denen regelmäßig und in erheblichem Umfang bloße Arbeitsbereitschaft vorliegt (§ 21);
10. für Arbeiterinnen in Gewerbebezügen, in denen die Verrichtung von Nacharbeit zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeiterzeugnissen dringend erforderlich ist (§ 21);
11. auch andere erleichternde Ausnahmen für die nächsten 3 Jahre, wenn diese Ausnahmen aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich sind (§ 21) und
12. für Jugendliche, indem die Arbeitszeit einschl. der Unterrichtszeit in der Pflichtfortbildungsschule zusammen innerhalb einer Woche 54 Stunden nicht überschreiten darf (§ 16).

Eine geradezu ungeheuerliche Bestimmung enthält § 19 in seinem 5. Absatz. Dieser Paragraph beschäftigt sich mit der Regelung der Arbeitszeit durch Tarifvertrag. Wenn in einem für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag eine längere als die neunstündige Arbeitszeit täglich und die 48stündige wöchentlich festgesetzt ist, so gilt diese längere Arbeitszeit für die dem Tarifvertrag unterstehenden Betriebe. Diese Bestimmung hat bei den Unternehmern großes Wohlgefallen ausgelöst. Sie hoffen nämlich, über den Tarifvertrag zu einem Neun-, vielleicht sogar zu einem Zehnstundentag zu kommen. Daß daran nicht zu denken ist, daß die Arbeiter mit allen Mitteln an dem Achtstundentag festhalten, das sollten eigentlich auch die Unternehmer und die Väter des Entwurfs wissen.

Aber dieser Paragraph geht noch weiter. Wie in vielen anderen Tarifverträgen ist auch in unseren Tarifverträgen die Arbeitszeit sowie die Zahl und die Voraussetzung zur Leistung von Überstunden in ganz konkreten Bestimmungen niedergelegt. Diese Bestimmungen erkennt § 19 Abs. 5 nur dann an, wenn sie in dem gleichen Maße wie der Entwurf eine Verlängerung der Arbeitszeit zulassen. Ist dies nicht der Fall, dann finden alle Ausnahmeverordnungen des Gesetzes hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit auch auf Betriebe Anwendung, für welche die Arbeitszeit durch Tarifvertrag geregelt ist.

Wie die Inhaltsübersicht zeigt, sind in den Entwurf auch Schutzbestimmungen für Kinder, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgenommen worden. Zu einem Teile Verbesserungen gegen die bisherigen Gesetzesvorschriften enthalten, verschlechtern sie doch die Arbeitszeit der Fortbildungsschüler ganz wesentlich. Während bisher die Schulzeit in die Arbeitszeit eingerechnet wurde, soll dies künftighin nur noch teilweise geschehen und Schulzeit und Arbeitszeit künftighin 54 Stunden erreichen dürfen. Diese Maßnahme steht in vollständigem Widerspruch zu den Forderungen des Reichsausschusses der Arbeiterjugendorganisationen Deutschlands, die Einrechnung aller Pflichtschulzeit und aller Vor-

bereitungs- und Aufräumungsarbeiten in die regelmäßige Arbeitszeit verlangen.

Ein weiterer nicht unwesentlicher Mangel dieses Gesetzentwurfes besteht darin, daß er eine Regelung der Arbeitszeit der Angestellten unterläßt. Sehr wahrscheinlich zu dem Zwecke, der aus dem Marsche befindlichen Verständigung zwischen Arbeitern und Angestellten Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Werkmeister und Techniker sind in das Gesetz einbezogen, dagegen das Krankenpflegepersonal, die Hausgehilfen, die Eisenbahn- und Postbediensteten sowie die Arbeiter der See- und Binnenschifffahrt und die Hafenarbeiter sind ausdrücklich ausgeschlossen. Festgelegt ist, daß zu den gewerblichen Arbeitern auch die Lehrlinge gehören. Für die Ausgeschlossenen sollen besondere gesetzliche Bestimmungen getroffen werden.

Diese nur im Rohen vorgenommene Betrachtung des Gesetzentwurfes zur Regelung der Arbeitszeit zeigt schon ganz deutlich, daß er noch eine ganz erhebliche Umgestaltung erfahren muß, soll er nicht als ein Gesetz gegen den Achtstundentag wirken. Das Unternehmertum, das aus jeder Blüte Honig zu saugen versteht, wird besonders aus den vorgesehenen Ausnahmestimmungen die unbedingte Verlängerung der Arbeitszeit folgern und ihren Bestrebungen nach dieser Richtung noch mehr Nachdruck verleihen. Dem muß ein ganz kräftiger Riegel vorgeschoben werden. Das bringt auch das „Korrespondenzblatt“ des ADGB. mit folgenden Worten zum Ausdruck:

„Nach alledem kann der Entwurf in seiner jetzigen Gestalt schwerlich auf die Zustimmung der Arbeitnehmererschaft rechnen. Wir fordern von einem Arbeitszeitgesetz, 1. daß es die Arbeitszeit aller Arbeitnehmer gleichzeitig und gemeinsam, wenn auch mit den aus der Natur der Erwerbsverhältnisse sich ergebenden Ausnahmen, regelt, 2. daß es zum mindesten die Verpflichtungen des Washingtoner Übereinkommens sofort und in allem Umfange erfüllt, und 3. daß es die Erwerbslosigkeit der Novemberrevolution, den Achtstundentag, schützt, nicht aber ihn preisgibt. Diese Forderungen werden der Prüfstein für jeden Gesetzentwurf auf diesem Gebiet sein.“

### Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1920.

Es liegen nunmehr die wichtigsten Zahlen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über den Stand im Jahre 1920 vor. War das Jahr 1919 gekennzeichnet durch seine stürmische Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen der freien Gewerkschaften, so steht das verfllossene Jahr im Zeichen der Befestigung des gewaltigen Machtzuwachses. Die Mitgliederzunahme bei den Zentralverbänden war zwar mit dem Jahre 1919 noch keineswegs abgeschlossen; sie setzte sich vielmehr im ersten Halbjahr 1920 noch fort, um dann einem geringfügigen Abflauen der Bewegung zu weichen. Die Schlußzahl des Jahres weist demnach gegenüber der des Jahres 1919 noch eine erheblich weitere Steigerung, und zwar von 678 328 Mitgliedern auf. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich im Laufe des Berichtsjahres folgendermaßen:

Es betrug die Mitgliederzahl am Schluß des 4. Quartals 1919 insgesamt 7 347 354, davon weiblich 1 615 999; am Schluß des 1. Quartals 1920 insgesamt 7 829 210, davon weiblich 1 733 830; am Schluß des 2. Quartals 1920 insgesamt 8 155 161, davon weiblich 1 789 906; am Schluß des 3. Quartals 1920 insgesamt 8 025 785, davon weiblich 1 701 795; am Schluß des 4. Quartals 1920 insgesamt 8 025 682, davon weiblich 1 697 939.

Im Jahresdurchschnitt zählte der ADGB. im Jahre 1920; 7 890 102 Mitglieder gegen 5 479 073 im Vorjahre. Die Zahl der männlichen Mitglieder erhöhte sich um 1 947 110 und die der weiblichen um 463 919.

Es gehörten dem ADGB. an 52 Zentralverbände, von denen drei kleinere, und zwar der Bund der Artisten, die Hotelangestellten und der Verband der Köche, nicht beigetreten. Sie waren erst 1919 dem ADGB. beigetreten. Die Artisten traten am 1. Juli dieses Jahres zur „Afa“ über. Die Hotelangestellten schieden Anfang dieses Jahres wieder aus, um ins christliche Lager überzugehen, und die Köche vereinigen sich mit dem früheren freigewerkschaftlichen Verband der Gastwirtsgehilfen, der jetzt die Bezeichnung „Verband der Hotel-, Restaurant- und Café-A. gestellten“ führt. Die Gesamtzahl der Zweigvereine der berichtenden Verbände betrug 27 239 gegen 23 862 im Jahre 1919.

Die Einnahme- und Ausgabeposten der Zentralverbände weisen gegen das Vorjahr und besonders gegenüber der Vorkriegszeit enorme Steigerungen auf. Sie sind in der Hauptsache auf die Geldentwertung zurückzuführen. Daneben trug auch der gestiegene Mitgliederbestand zur Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben wesentlich bei.

Die Gesamteinnahme der Zentralverbände betrug 747 114 439 Mk. Davon kommen allein 520 632 364 Mk. auf Verbandsbeiträge. An ört-

lichen Beiträgen wurden 144 511 288 Mk. und an sonstigen Beiträgen 29 336 804 Mk. aufgebracht. An Eintrittsgeldern wurden 2 465 676 Mark vereinnahmt, und an sonstigen Einnahmen flossen den Kassen 41 168 307 Mk. zu. Verausgab wurden für Unterstützungen 104 990 212 Mark (darunter 53 555 538 Mk. an Arbeitslose), Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 108 549 907 Mk., Verbandsorgan und Bildungszwecke 58 435 918 Mk., Agitation, Konferenzen, Verbandstage, Beiträge an Ortsausschüsse und Sekretariate usw. 89 140 637 Mk. Die Kosten der Hauptverwaltungen beliefen sich auf 35 739 890 Mk. und die der Gauen und Zahlstellen auf 146 958 051 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 543 814 615 Mk. Der Vermögensnachweis ist leider nicht vollständig, da der große Metallarbeiterverband und auch der Landarbeiterverband keine Angaben über ihre Bestände machten. Die übrigen Verbände weisen zusammen einen Kassenbestand von 268 469 522 Mk. auf.

Über die Entwicklung der Verbände im Jahre 1920 im einzelnen, die Beitragsfestsetzungen und Unterstützungseinrichtungen wird das später erscheinende Tabellenwerk unterrichten und dabei das Gesamtergebnis der Statistik eingehend behandelt werden. Die hier mitgeteilten Zahlen zeigen bereits, daß die maßgebende deutsche Gewerkschaftsorganisation, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, seine Stellung trotz aller Stürme nicht nur behauptete, sondern noch verstärkte. Dieses Millionenheer gewerkschaftlich organisierter Arbeiter nimmt im Wirtschaftsleben des deutschen Volkes eine achtunggebietende Stellung ein, deren Grundlagen nicht mehr erschüttert werden können.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

#### Neue Lohnabkommen im Buchbindergewerbe.

Gleich den Arbeitern aller anderen Gewerbe und Berufe sehen sich auch die Buchbinder durch die neue Teuerungswelle verpflichtet, noch vor Ablauf ihres bis Ende September laufenden Vertrages eine neue Regelung der Löhne herbeizuführen. Die Bemühungen des Verbandsvorstandes, mit dem Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen, kurz Api genannt, Verhandlungen herbeizuführen, führten zu einer Verständigung dahin, die Verhandlungen in den Tagen vom 2. bis 4. September im Leipziger Buchgewerbehaus zu führen.

Die Verhandlungen nahmen, von einem Zwischenfall abgesehen, den unseren Kollegen durch die von uns geführten Verhandlungen bekannten Verlauf. Die Gehilfenvertreter begründeten in ausführlichen Darlegungen unter Benutzung des reichlich zur Verfügung stehenden Materials ihre Forderungen, die in dem Verlangen einer Lohnerhöhung in der Stunde um 2 Mk. für Gehilfen und 1,50 Mk. für Arbeiterinnen gipfelte. Die Unternehmer erklärten, daß das Einsetzen einer neuen Teuerungswelle nicht bestritten werden könne, über die Höhe dieser Welle aber gingen die Meinungen sehr weit auseinander. Sie seien bereit, in eine Revision des noch bis September geltenden Vertrages einzutreten, verlangten aber als Bedingung die generelle Durchführung der 48stündigen Arbeitszeit in allen Betrieben. Zur friedlichen Verständigung bereit, seien sie jedoch auch nicht abgeneigt, den offenen Kampf aufzunehmen, wenn es die Gehilfenschaft so wolle.

Die Forderung der Arbeitszeitverlängerung wurde von den Gehilfenvertretern grundsätzlich abgelehnt und traten dann die Unternehmer nach längerer Kanonade den Rückzug an. Dann erst konnte in die Beratung der Löhne eingetreten werden. Der Lauf auch dieser Verhandlungen war der übliche. Angebote der Unternehmer — Angebote der Arbeiter. Das ist ein ganz eigenartiges Ding. Wer schon öfter solche Verhandlungen mit zu führen gezwungen war, bekommt ein sehr feines Gefühl dafür, wo der Endpunkt des möglichen Entgegenkommens beider Parteien ist. Nach zweitägiger Verhandlung ergab sich dann folgendes Resultat als Vereinbarung:

1. Die im Reichstarif für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige vereinbarten Stundenlöhne (B-Lohntarif) werden um die aus der Anlage ersichtlichen Beträge erhöht.
2. Die Erhöhung erfolgt in zwei Raten.
- Die erste Rate ist erstmalig fällig für die erste volle Lohnwoche des September.
- Die zweite Rate ist erstmalig fällig für die erste volle Lohnwoche des November.

Betr. besetztes und angrenzendes Gebiet wird beschlossen: Die bisher gewährten Sonderzulagen bleiben neben den Reichstariflöhnen für die Dauer des gegenwärtigen Lohnabkommens in Höhe der bisherigen Beträge bestehen. Bezüglich der bisherigen Besetzungszulagen für Oberschlesien ist eine Nachprüfung zulässig.

3. Der Grundlohn zuzüglich aller bisherigen und neuen reichstariflich vereinbarten Stundenzuschläge bilden die Grundlage für die neue Akkordberechnung.
- Die Akkordsätze sind so zu regeln, daß Ziffer 31 des Hauptvertrages erfüllt wird.

Bezüglich des Leipziger Akkordtarifs wird unabhängig vom vorstehendem vereinbart, daß die Umrechnung der bisher des

Akkordarbeitern gewährten festen Zulagen und der heute beschlossenen Stundenlohnzuschläge in prozentuale Zuschläge zum Leipziger Akkordtarif zwischen dem VDB. und den Gewerkschaften erfolgt.

4. Seit Abschluß des letzten Tarifes (17. Juni 1921) für die gesamte Arbeiterschaft oder für Teile der Arbeiterschaft eines oder mehrerer Betriebe gewährte laufende Zulagen werden ab 1. September auf die in diesem Abkommen gewährten Zulagen angerechnet.

Besondere Abkommen über die Anrechenbarkeit auch einmaliger oder periodischer Zuwendungen werden hierdurch nicht außer Kraft gesetzt.

5. Mit vorstehendem Abkommen ist der Reichslohntarif für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige bis zum 31. Dezember 1921 verlängert. Es läuft jeweils einen Monat weiter, wenn es nicht mindestens 4 Wochen vor seinem Ablauf durch eingeschriebenen Briefe gekündigt wird.

Erfolgt eine Kündigung, so finden die Verhandlungen über ein neues Lohnabkommen in der ersten Hälfte des Januar statt. Das Ergebnis wird auf den 1. Januar 1922 zurückdatiert.

6. Der Bund deutscher Buchbinder-Innungen erkennt den Hauptvertrag an. Der Reichslohntarif wird mit folgender Maßgabe anerkannt: Bei denjenigen Mitgliedern des Bundes, die bisher weniger als die Reichstariflöhne bezahlten, gelten für September und Oktober die Löhne des bisher gültigen Reichslohntarifs (d. h. des Weimarer Abkommens vom 17. Juni 1921), ab November treten an ihre Stelle die für November und Dezember festgelegten Reichstariflöhne.

Diese Anlage sagt zur Erhöhung der Löhne folgendes für Gehilfen: Es erhalten Gehilfen nach Orts- und Altersklassen gestaffelt, getrennt nach ledigen und verheirateten Gehilfen, je erste volle Lohnwoche im September und November:

Ledige Gehilfen:

Table with columns for Lohnklassen (A-F) and Ortsklassen (I, II, III/IV, V, VI) showing wage rates for Sept. and Nov. for single employees.

Verheiratete Gehilfen:

Table with columns for Lohnklassen (C-F) and Ortsklassen (I, II, III/IV, V, VI) showing wage rates for married employees.

Das Lohnabkommen für die Briefumschlag- und die Papierausstattungsindustrie ist ebenfalls nach vorausgegangener Verhandlung verlängert worden. Und zwar nach denselben Grundsätzen und auf dieselbe Dauer, wie es in vorstehendem Hauptabkommen vorgesehen ist. Die im Hauptabkommen unter Ziffer 1-5 vorgesehenen Bestimmungen finden auch auf die Briefumschlagindustrie sinngemäße Anwendung. Für gelehrte Buchbinder sind die Stundenlöhne nach dem Hauptabkommen ebenfalls erhöht worden, so daß auch jetzt noch die Stundenlöhne dieselben sind wie im Buchbindergewerbe.

Die Erneuerung des Lohnarifes für die Wellpappenindustrie ist ebenfalls vollzogen worden und bringt in der Spitze, ebenfalls in zwei Raten geteilt, 1,30 Mk. Lohnerhöhung in der Stunde.

Für die Etuis- und Kartonnagenbranche fanden schon am 26. August Verhandlungen statt, um ein neues Lohnabkommen für diesen Reichstarif zum Abschluß zu bringen. Auf Grund des Verhandlungsergebnisses - es sollten nur in der Gesamtwirkung 1,10 Mk. an Lohnerhöhung in der Spitze in der Stunde mit Bindung bis 31. Dezember 1921 gegeben werden - konnte sich der Tarifausschuß, soweit die Gehilfenvertreter in Frage kommen, nicht entscheiden, einen neuen Abschluß zu vollziehen und legte die Entscheidung in die Hände der Kollegen. Eine angeordnete Urabstimmung für die Tage vom 3. bis 10. September verwarf das letzte Weimarer Lohnabkommen mit großer Mehrheit, weshalb von der Verbandsleitung bei dem Unternehmerverband neue zentrale Lohnverhandlungen beantragt wurden. Im gegenseitigen Einverständnis sind diese Lohnverhandlungen auf Montag, den 26. September, nach Weimar anberaumt worden.

Eine Befriedigung haben diese Verhandlungsergebnisse auch bei den Buchbindern nicht ausgelöst. Aber die Auffassung, daß die zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der örtlichen vorzuziehen sei, hat trotz starker Anfechtungen noch immer sehr weiten Boden. Notwendig ist nur, die noch vorhandenen offenen Mängel in zielbewußter, beharrlicher Arbeit auszumerzen und unter Aufbietung aller Kräfte auch die Entlohnung so zu gestalten, daß sie eine Existenz gewährleistet.

Allgemeines. Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Gautag in Breslau.

Am 11. September 1921 fand im Gewerkschaftshause Breslau der von dem Vorstand der Zahlstelle Breslau einberufene Gautag des Gaus II (Schlesien) statt. Nach Begrüßung der Erschienenen - es hatten außer Bunzlau alle Zahlstellen Vertreter entsendet, vom Verbandsvorstand war Kollege Herbst anwesend - wurde zur Leitung der Geschäfte ein Bureau, bestehend aus den Kollegen Forchmann, Felgenauer und Hanke, gewählt. Das Protokoll des vorigen Gautages wurde durch Verlesen den Anwesenden in Erinnerung gebracht. Der Vorsitzende des Gauvorstandes erstattete darauf den Geschäftsbericht für die verflossenen zwei Jahre, aus dem zu ersehen war, daß in der letzten Berichtsperiode mehr Organisationsarbeit geleistet werden mußte als wie in den sechs Jahren der vorletzten Berichtsperiode. Die in dem Gau vorherrschende politische Hochspannung und rückständige Anschauungen vieler Unternehmer erschwerten uns ungemein die Arbeit. Manchmal fehlte aber auch der energische Wille der Kollegenschaft. Leider war es auch durch die wirtschaftliche Abhängigkeit des Gauarbeiters nicht immer möglich, den Zahlstellen eine solche Unterstützung angedeihen zu lassen, wie es wünschenswert gewesen wäre. Unser Hauptaugenmerk richteten wir auf die Einführung des Steindrucktarifes, und wurde von weiteren 13 Firmen der Tarif anerkannt. In einer Reihe Steindruckbetrieben, die Nebenbetriebe größerer Buchdruckfirmen sind, arbeiten einzelne Kollegen zum Buchdruckertarif. Der Briefwechsel äußerte sich in der Absendung von 350 Briefen, 160 Karten, 260 Drucksachen. Von den wichtigsten Vorkommnissen, Lohnverhandlungen usw. wurden die Zahlstellen durch 20 Rundschreiben schnellstens verständigt. Die Begleichung von Differenzen in den Zahlstellen und am Vororte stellte an die Mitglieder des Gauvorstandes und besonders an den Gauleiter und Tarifkreisvertreter große Anforderungen. Der Gauleiter mußte an 150 Versammlungen und Sitzungen teilnehmen, darunter 12 Sitzungen mit Unternehmern und 12 Schiedsgerichtssitzungen. Außerdem machten sich noch sechs Reisen in den Gau notwendig. Das Versammlungsleben und die Beteiligung bei Abstimmungen war erfreulich rege und stand über dem Durchschnitt im Reiche.

Nach Verlesung des Kassenberichtes durch Kollegen Schupke gab Kollege Hoffmann einen Bericht über die Tätigkeit des Kreisschiedsgerichts. Die schwebenden Streitfälle wurden in 12 Sitzungen erledigt, und ermähnte er die Kollegen, die Klageanträge recht gut vorzubereiten. An der nun einsetzenden Debatte beteiligten sich fast alle Delegierten und erkannten die Tätigkeit des Gauvorstandes an. Kollege Herbst ging in längeren Ausführungen auf verschiedene Beschwerden der Zahlstellen ein, machte interessante Mitteilungen über den Stand der Offsetfrage und sonst wichtige Vorkommnisse in unserem Verbandsleben und gab zum Schluß einen kurzen Einblick in die Geschäfte des Verbandsvorstandes.

Die schlesische Gauleiterfrage wurde durch Kollegen Forchmann eingehend behandelt mit der Feststellung, daß schon die Generalversammlung in Hannover sich für die Anstellung eines Beamten entschieden hat. Der Gau II ist in dieser Angelegenheit der Meinung, daß er vom Verbandsvorstand zurückgesetzt wird und in seinem schweren Kampf nicht genügend unterstützt wird, zumal der Gau aus vielen kleinen Orten und Nebenorten mit kleinen Betrieben besteht. An eine Aufteilung des Gaus könne daher gar nicht gedacht werden. Kollege Herbst schlägt vor, die früheren Funktionäre möchten ihre Ämter bis zur nächsten Generalversammlung wieder übernehmen, da nur dort über eine Anstellung entschieden werden kann. Da sich der Gautag mit diesen Ausführungen einverstanden erklärte, wurden die dahingehenden Anträge gegenstandslos und wurde dem Antrag Glogau: „Dem nebenamtlich fungierenden Gauvorsitzenden ist eine Entschädigung von mindestens 2500 Mk. jährlich bis zur endgültigen Erledigung der Gauleiterfrage auf dem kommenden Verbandstage zu gewähren“, einstimmig angenommen. Kollege Herbst gab hierauf das Versprechen ab, sich beim Verbandsvorstand und Ausschuß für diesen Antrag einzusetzen. Bei der nun folgenden Wahl wurde Kollege Forchmann wieder zum Gauvorsitzenden einstimmig gewählt.

Bei dem Punkt „Unsere neuen Lohnforderungen“ drückten alle Redner ihre Unzufriedenheit über die Höhe der Lohnzulagen aus. Die Breslauer Zahlstelle habe den Beschluß gefaßt, einen örtlichen Ausgleich im Verhandlungswege zu schaffen, um anderen Großstädten löhnlüh nicht nachzustehen. Kollege Hoffmann, der als Gauvertreter bei den Lohnverhandlungen in Berlin teilgenommen hat, weist auf die Schwierigkeiten solcher Verhandlungen hin und spornet die Kollegen an, in der Lohnfrage selbst recht gere

tätig zu sein. Kollege Krakau spricht über den Zusammenschluß sämtlicher graphischen Berufe zu einem Industrieverband, um für die Zukunft, welche große Anforderungen an die Arbeiter stellen wird, den Unternehmern gestärkter entgegenzutreten zu können. Kollege Herbst geht auf die Schwierigkeiten ein und behandelt die noch bestehenden Lohnspannungen zwischen einzelnen Berufen. Unser nächstes Bestreben müßte sein, die Ortszuschläge den staatlichen Servisklassen anzupassen. Im Verfolg dieser Ansprache wurden auch die wirtschaftlichen Benachteiligungen unserer Kollegen erwähnt, die ihnen durch die Arbeitseinstellungen der Hilfsarbeiter und Buchbinder erwachsen.

Unter „Verschiedenem“ kamen internere Vorfälle im Gau zur Sprache. Der Vorsitzende hat die Vertreter, den ausgereimten Kollegen ihre volle Unterstützung angedeihen zu lassen auf beruflichem Gebiete, sie aber auch mit gewerkschaftlichem Geiste zu erfüllen, dankte den Erschienenen für ihre rege Mitarbeit und drückte zum Schluß den Wunsch aus, daß die Delegierten das heute Gehörte in ihren Mitgliedschaften zum Besten der Allgemeinheit verwerten möchten. Schluß des Gautages 7,30 Uhr.

Eine Senefeldermappe.

Anläßlich des 150. Geburtstages Alois Senefelders arbeitet die Münchener Kollegenschaft an der Herausgabe eines Werkes, welches einen Überblick über die technische und künstlerische Entwicklung der Lithographie während der Lebenszeit Senefelders geben soll.

Das Werk wird in Form einer Mappe herausgegeben und umfaßt zirka 25 Blätter der verschiedensten Verfahren. Arbeiten der besten Münchener Künstler der damaligen Zeit.

Die Mappe wird auch einige Inkunablen der Lithographie bringen, unter denen wir den ersten Versuch mit der Kreide auf Stein hervortreiben. Neben der Wiedergabe alter Gravur- und Federarbeiten werden auch die ersten ein- und mehrfarbigen Tondrucke in der Mappe enthalten sein. Die Versuche Senefelders, den Farbdruck zu erfinden, werden durch 2 Blätter veranschaulicht.

Die Wiedergabe der Blätter konnte nur im Lichtdruck erfolgen, da es sich darum handelt, die Vorlagen so zu bringen, daß alle Werte der Technik und der Zeichnung erhalten bleiben. Nur dem erfahrenen Fachmann wird es möglich sein, den Unterschied zwischen dem Originaldruck und der Reproduktion festzustellen.

Die besten Münchener Kunstanstalten sind mit der Herstellung der Mappe betraut und haben gerne die Mitwirkung zugesagt.

Das Werk, welches damit für die Kollegen Deutschlands und der ganzen Welt geschaffen wird, ist ein Dokument. Es dürfte die beste Würdigung der 150. Wiederkehr des Geburtstages unseres Altmeisters sein, dessen höchstes Streben war, die Lithographie über alle Welt zu verbreiten, auf daß sie der Menschheit Nutzen bringe und zur Veredelung beitrage.

Die Mappe wird zum Herstellungspreis abgegeben und kostet zirka 40 Mk. Bestellungen erbitten wir jetzt schon zu betätigen, da die Auflage nur klein ist, wodurch der Wert der Mappe noch erhöht wird.

Die Bestellungen wollen die Kollegen bei den Ortsvorständen betätigen und diese an Kollegen Oskar Dürr, München, Plingauerstr. 94, weitergeben.

Einige Winke für die gesanglich-musikalische Ausschmückung d. 150-Jahrfeier Alois Senefelders.

„Gesang erfreut des Menschen Herz; - Gesang veredelt alle Triebe; - Gesang regt zur Begierbung an Und ist die Blüt' von Lust und Liebe!“

Es war Anfang September 1877, als in der alten graphischen Stadt Nürnberg die erste „Ausstellung von Arbeiten der vervielfältigenden Künste im Bayerischen Gewerbemuseum“ im neugegründeten Deutschen Reich abgehalten wurde und ich dieselbe besuchte. Alle Zweige der Graphik: Buchdruck, Holzschnitt, Metalldruck, Steindruck, Photographie sowie die Mechanik der Vervielfältigung (Apparate und Maschinen) wurden dort in Nürnberg 1877 erstmalig gezeigt. (So, aber im Kleinen, denke ich mir die Lokalausstellungen zu Ehren Senefelders 1921.)

Und es war am 6. November 1877, im herrlichsten Blau wölbte sich der oft sehr graue Himmel über die Erfindungsstadt der Lithographie und des Steindrucks, die deutsche Kunstmetropole München, als wollte er „Isar-Athen“ eine besondere Gunst erweisen; und diese Gunst wurde besonders von den Jüngern Senefelders mit freudigem Danke begrüßt, galt es doch, an den berühmten Erfinder der Kunst des Steindrucks, Alois Senefelder, welcher über die Hälfte seines Lebens in München zugebracht und verdienstvoll gewirkt hatte, eine Ehrenschuld abzutragen, indem an diesem Tage am Sendlinger-

(Fortsetzung in der Bellage.)



torplatze, gegenüber dem Sterbehause Senefelders, dessen Denkmal enthüllt wurde, das erste Senefelderdenkmal auf der Erde. Später wurden auch noch Senefelderdenkmäler in Berlin, Solihofen usw. gesetzt.

Damals, im November 1877, an des Altmeisters Geburtstag, war es auch wohl das erstmal, daß die von Nagel gedichtete und von Hysel vertonte Senefelder-Hymne „Dem Senefelder“ gestungen wurde. Der Text möge hier folgen: In die meisten Kollegen ihn nicht kennen werden: Weithin über Deutschlands Gauen Meister sich dein Ruhm erstreckt. Alle deine Jünger schauen Auf dein Werk, das du erweckt. Deine Kunst, geheimer Meister, Grün und blüht an jedem Ort, Wohlst du auch im Reich der Geister. Ewig lebt dein Name fort.

Für dein segensreiches Streben, Uns zum Wohle aller Zeit, Hat die Jüngerschaft ergeben, Treu ein Denkmal dir geweiht. An der Isar grünem Strande Klang von dir manch schönes Lied. So, wie es der Lieb zum Pfande, Meister! uns re Brust durchzieht. Dieser Mitternacht dürfte sich sehr gut beim 150. Geburtstag zum Vortrag eignen, denn in vielen größeren Städten haben die Kollegen eigene Gesangsvereine „Senefelder“, und in kleineren Druckstädten können die Sänger der graphischen Gewerbe aus den verschiedenen Gesangsvereinen zusammengezogen werden. Partitur und Notenmaterial ist sicher noch in München zu haben, und wenn nicht mehr vorhanden sein sollte, auf schnellstem Wege autographisch zu vervielfältigen. Die ersten Versuche Senefelders waren ja bekanntlich auch Musikalien, also Noten herzustellen, und wurde darin gleich vieles in Steindruck geleistet.

Senefelders Vater, der Schauspieler war, stammte aus dem Grabfeldgau in Bayern, und zwar aus Königshofen an der fränkischen Saale stammt die Familie Senefelder überhaupt. Der Vater Senefelders war bei der Schauspielertruppe Franz Anton von Webers, des Vaters des Komponisten Karl Maria von Weber, der die deutscheste Volkoper „Der Freischütz“ komponierte, die im 150. Geburtsjahre Senefelders ihren 100. Geburtstag hat, denn 1821, also vor hundert Jahren, erlebte der „Freischütz“ seine Uraufführung. Zu dem kommt noch, daß der Komponist des „Freischütz“, Karl Maria von Weber, mit Alois Senefelder in München, wohin die Familie Weber übersiedelte, bekannt und betrautet war. Was liegt also näher, als zum 150. Geburtstag Senefelders Gesangs- und Musikstücke aus dem „Freischütz“ oder auch anderen Kompositionen Karl Maria von Webers zu wählen!

Dann noch etwas! Zu den ersten Noten, welche in Steindruck (chemischer Druck) 1797 hergestellt wurden, gehört Mozarts Oper „Die Zauberflöte“. Aus dieser volkstümlichsten Oper Mozarts eignen sich auch sehr viele Gesangs- und Musikstücke zur 150. Geburtsjahrsfeier Senefelders.

Dazu kommt als Drittes, daß eine Auswahl von Gesang- und Musikstücken aus diesen beiden volkstümlichsten Werken größter deutscher Komponisten mit zum allerbesten gehört, was wir zu 150-Jahrfeier bieten können, und das Allerbeste sollen und müssen wir bieten. Auch von dem berühmten Balladenkomponisten Karl Loewe, der im November dieses Jahres 1921 seinen 125. Geburtstag hat, also in dem Jahre geboren wurde, in welchem Senefelder seine Erfindung der Lithographie und des Steindrucks gemacht hatte, paßt manches, besonders auch zum Solovortrag, und sogar Humoristisches, wie „Der alte Goethe“. (Karl Loewe hat zwei Bände nach Dichtungen Goethes komponiert.)

Kollegen Deutschlands! Auch wohl nicht der jüngste Kollege unter uns wird den 200. Geburtstag Senefelders erleben, denn im Jahre 1971 wird wohl auch der jüngste Kollege unter uns vom „Sensenmann“ geholt worden sein. Schreiber dieses, ein „alter Kerl“, ist sogar schon zufrieden, wenn er den 150. Geburtstag Senefelders noch erlebt. Deshalb gilt es, den 150. Geburtstag unseres Altmeisters so würdig als nur irgend möglich zu feiern! **Graphikus.**

**Ortsberichte.**

**Aschaffenburg.** Die am 13. September stattgefundene Mitgliederversammlung der Lithographen und Steindrucker nahm Stellung zur letzten Lohnverhandlung. Die Aussprache sämtlicher Kollegen ergab eine große Mißstimmung über ein derartiges Resultat. Unsere Verhandlungsführer scheinen sich der sozialen Lage der Kollegen gar nicht bewußt zu sein, sonst hätten sie einer derartigen geringfügigen Aufbesserung gar nicht zustimmen können. Wer gibt ihnen eigentlich das Recht, auf vier Monate Bindung einzugehen? Die Mitgliedschaft Aschaffenburg fordert den Verbandsvorstand auf, sofort in neue Verhandlungen einzutreten und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten, eine der Zeit entsprechende Lohnzulage zu erreichen.

**Chemnitz.** Die letzte Monatsversammlung der Zahlstelle Chemnitz beschäftigte sich in eingehender Weise mit dem verflorenen Streik und 2. mit dem Resultat der stattgefundenen Lohnverhandlungen. Durch einen neuntägigen Streik, den die Chemnitzer Kollegen hinter sich haben, ist es ihnen gelungen, eine außerordentliche Zulage von 10 und 15 Mk. für Lithographen und Steindrucker und 25 Mk. für Lichtdrucker zu erreichen. Es wurde in dieser Versammlung besonders das vorbildliche Verhalten der Chemigraphen gewürdigt, die aus Solidaritätsgefühl für die Lithographen und Steindrucker den Streik geschlossen mit beendigten, ohne jeden Erfolg für sie, um nicht die Zulagen für die anderen Branchen zu gefährden. Gewiß ein Zeichen weitgehendster Kollegialität. Kollege Leinen und Kollege E. Herbst, welche die Verhandlungen führten, haben bewiesen, daß sie unser Vertrauen in jeder Weise verdienen. Das Resultat der abgeschlossenen zentralen Lohnverhandlungen wurde als völlig ungenügend betrachtet und erwarten die Kollegen, daß unsere Vertreter ungesäumt die Wege beschreiten, die zu einem wesentlich besseren Abschluß in der Lohnfrage führen.

**Göppingen.** In der am Montag, den 12. September, stattgefundenen Mitgliederversammlung des Verbandes der Lithographen und Steindrucker wurde eingehend Stellung genommen zu der letztbewilligten Teuerungszulage. Ein Entsetzen ging durch die Versammlung, als der Vorsitzende bekanntgab, daß anstatt 50 % nur sage und schreibe 15 % gezahlt werden sollen. Die Versammlung war sich darüber klar, daß sie von den Arbeitgebern nicht mehr erwarten dürften ohne Kampf, daß aber die Vertreter des Verbandsvorstandes nicht mal soviel Mut aufbringen konnten und die Forderungen der Gehilfen überhaupt den Arbeitgebern vorzulegen, rief eine allgemeine Mißbilligung hervor. Auch wurde der Artikel in Nr. 37 der „Graph. Presse“ einer scharfen Kritik unterzogen. Denn die Kollegen konnten es nicht verstehen, daß man solch widersprechende Behauptungen aufstellen kann, wie es im betreffenden Artikel „Schlußsatz“ der Fall ist. Die Göppinger Kollegschaft verlangt nun vom Verbandsvorstand erneut, daß sofort Schritte unternommen werden, damit die Forderung, eine 50prozentige Lohnzulage ab 1. September dieses Jahres, zur Durchführung gelangt. Die Kollegen erklären sich bereit, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln für diese Forderung einzutreten.

**Heidelberg.** Am 9. September 1921 fand unsere Mitgliederversammlung statt und nahmen die Kollegen Stellung zu den abgeschlossenen Lohnverhandlungen in Berlin, welches keinesfalls mit den bestehenden Teuerungverhältnissen im Einklang steht. Es wurde auch die Lohnbewegung der Erfurter Kollegen zur Sprache gebracht und folgende Resolution gefaßt:

„Die am 9. September 1921 tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Heidelberg nimmt Kenntnis von dem am 3. September 1921 in Berlin abgeschlossenen Lohnverhandlungen und nehmen die Kollegen Heidelbergs die gewährten Zulagen von 30 und 40 Mk. nur unter Protest an.“

**Magdeburg.** Die am Sonnabend, den 10. September, tagende Monatsversammlung aller Sparten beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem neuen Lohnabkommen für das Lithographie- und Steindruckgewerbe. Scharfe Worte der Entrüstung gingen durch die Reihen der Kollegen nach Bekanntgabe des Resultates. Wohl bewußt der Schwierigkeiten, mit denen der Verbandsvorstand bei derartigen Verhandlungen zu kämpfen hat, halten wir es doch für unverständlich, wie derartige Abmachungen getroffen werden konnten. Die Erhöhung der Eisenbahntarife, der Rohstoffpreise usw. lassen ein noch weiteres Steigen der Kleinhandelspreise erwarten. Die neuen Sätze der Invalidenversicherung, der neue Steuerabzug ab 1. November usw. sind Argumente, welche nicht oft genug betont werden können. Unter dem ständigen Wechsel der Lebensverhältnisse dürften sich unsere Vertreter nicht auf vier Monate binden. Die Lithographen und Steindrucker Magdeburgs protestieren auf das energischste gegen das neue Lohnabkommen und verlangen, daß unser Verbandsvorstand neue Verhandlungen einleitet. Erstaunen löste die niedrige Streikunterstützung aus. Trotz 5 Mk. Wochenbeitrag, hauptsächlich zur Stärkung des Kampffonds gefordert, sind die Unterstützungssätze die alten geblieben. Auch hier muß schleunigst Abhilfe geschaffen werden. Die in Aussicht stehenden Verhandlungen der Chemigraphen und Lichtdrucker veranlassen diese zu nachstehender Resolution.

„Die Magdeburger Chemigraphen und Lichtdrucker, bis zur Verzweiflung getrieben, fordern bei den Verhandlungen am 14., 15. und 16. September eine mindeste Erhöhung der Löhne um 40 %. Die Wirtschaftsbeihilfe, einem Almosen gleichkommend, muß verschwinden. Das Dasein der Chemigraphen und Lichtdrucker, welches nur ein Vegetieren ist, muß eine andere Gestalt erhalten. Um Zwistigkeiten mit dem Tarifamt, welche wohl unvermeidlich sind, wenn der Vorstand nicht aktiv vorgeht, zu vermeiden, fordern wir den Verbandsvorstand ganz energisch auf, eine

andere Haltung den Prinzipalen gegenüber einzunehmen.“

Auf Antrag der Kollegen wird zu Dienstag, den 13. September, eine außerordentliche Versammlung einberufen, zu welcher ein Vertreter des Verbandsvorstandes geladen wird.

**Mannheim.** Die am 10. September 1921 stattgefundene Mitgliederversammlung der Zahlstelle Mannheim nimmt Kenntnis von dem am 3. September 1921 in Berlin abgeschlossenen Lohnverhandlungen. Aus der Erkenntnis heraus und durch nackte Tatsachen bewiesen, daß die von seiten der Unternehmer bewilligten Zulagen nur einem Tropfen Wasser auf einem glühenden Stein gleichkommen, nehmen wir die vom 1.—30. September gewährte Zulage von nur 30 und 40 Mk. unter dem stärksten Protest an und verlangen zu gleicher Zeit von unserem Verbandsvorstand eine Urabstimmung über das ganze Reich und stellen ab 1. Oktober 1921 die Forderung von 25 % Lohnzulage auf die jetzt bestehenden Löhne. Die Kollegen der Zahlstelle Mannheim sind nicht gewillt, sich mit einer unzureichenden Lohnzulage abzufinden.

**Meißen.** Am 15. September fand eine von 42 Kollegen besuchte Versammlung unserer Zahlstelle statt. Als erster Punkt stand unsere neue Lohnaufbesserung auf der Tagesordnung. Verschiedene Redner hatten gehofft, unser Lohn werde noch höher werden. Den jetzigen Verhältnissen entsprechend hätte unsere Zulage mindestens 100 Mk. pro Woche sein müssen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß unser Verbandsvorstand bis 16. Oktober nochmals Verhandlungen herbeizuführen sucht, damit am obigen Tage mehr wie 10 Mk. erreicht werden. Auch war man ungehalten darüber, daß die Meißener Unternehmer nur Tariflohn zahlen. Man einigte sich für folgenden Antrag: *Das Tarifamt sollte versuchen, Meißener der Ortsklasse Dresden anzugliedern.* Zum 2. Punkt forderte der Vorsitzende auf, die Sammelliste des ADGB. für das hungernde Rußland zu unterstützen. Weiter unterzog der Vorsitzende die Fragebogen des Gewerkschaftskartells einer Kritik in bezug auf Ausfüllen durch unsere Kollegen. Man kann es einfach nicht verstehen, daß es in unsern Reihen noch viele Kollegen gibt, welche erstens das reaktionäre Meißener Tageblatt noch in ihren Wohnungen dulden, zweitens im dritten Jahre nach der Revolution noch nicht mal einer politischen Arbeiterpartei angehören und drittens der Kirche noch nachlaufen. Es müßte doch jeder Kollege so weit sein, daß er der Kirche, welche noch nie für die Arbeiter etwas übrig hatte, nicht noch seine Steuern hinträgt. Weiter gab der Vorsitzende bekannt, daß unsere Senefelder-Feier am Sonnabend, den 5. November, im Waldschlößchen stattfindet, und bat alle Kollegen, daran teilzunehmen. Als wichtigstes Ereignis stand der Streik der Metallarbeiter in Meißener zur Debatte. Die nachfolgende Aussperung ist nun am 17. September, mittags, erfolgt. Unsere Kollegen in beiden Blechdruckereien sind am Freitag gekündigt worden. Bei diesem Punkte kam man einstimmig zu dem Beschluß, keine Streikarbeit zu leisten. Weiter wurde der Ortsvorstand aufgefordert, bei unseren Instanzen in Berlin dafür einzutreten, daß die Hilfsarbeiter der Blechindustrie, welche zur Druckerei gehören, einem andern Verband zugesprochen werden. Denn wir haben nun seit einiger Zeit schon manche Unannehmlichkeit gehabt, weil die Leute zu den Metallarbeitern gehören. Zum Schluß forderte der Vorsitzende auf, jede Versammlung so zahlreich zu besuchen wie die abgehaltenen.

**Reichenbach i. V.** In unserer am Montag, den 19. September 1921, im Volkshaus stattgefundenen gut besuchten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende den Bericht über die letzten zentralen Lohnverhandlungen im Lithographie- und Steindruckgewerbe. Nach langer, teils lebhafter Debatte kam nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heute im Volkshaus tagende gut besuchte Mitgliederversammlung der Ortsgruppe des Verbandes der Lithographen und Steindrucker und verwandter Berufe Reichenbach i. V. findet es unverständlich, daß bei der jetzigen Konjunktur im graphischen Gewerbe ein Lohnabkommen wie das letzte abgeschlossen werden konnte. Die festgesetzten Zulagen entsprechen in keiner Weise der wirtschaftlichen Lage und führen die Kollegen dem weiteren Elend entgegen. Die Versammlung verlangt, daß sofort in weitere Verhandlungen eingetreten wird und vor Abschluß des neuen Abkommens die einzelnen Mitgliedschaften um Zustimmung oder Ablehnung befragt werden. Unsere Vertreter müssen darauf bestehen, daß unseren Kollegen als gelerntem Spezialarbeitern höhere Zulagen zuteil werden als Ungelernten. Ebenso verurteilt die Mitgliedschaft die lange Dauer des Lohnabkommens, die die Abkommen der anderen Verbände nicht aufweisen, und wünschen wir auch in dieser Sache die Zustimmung der Mitgliedschaften.“

**Wurzen.** Die am 17. September stattgefundene Versammlung der Lithographen und Steindrucker nahm nach Erledigung einiger Punkte der Tagesordnung Stellung zu dem neuesten Lohnabkommen für das Lithographie- und Steindruck-

gewerbe. Nach einer gründlichen Aussprache, welche den Unwillen der Kollegen zum Ausdruck brachte, kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Kollegen der Zahlstelle Würzen protestieren hiermit gegen das entschiedene zu geringe Entgegenkommen der Unternehmer. Sieht man sich die Ergebnisse der anderen Gewerkschaften an, welche unter einer Stundenzulage von 1 Mk. überhaupt nicht zum Abschluss gelangten, so bedeutet unser Abkommen eine direkte Verhöhnung der Qualifikation, die die im Berufe tätigen Gehilfen haben müssen. Durch derartige Abkommen ist es vollständig ausgeschlossen, daß die von Unternehmerseite viel ersehnte Ruhe im Gewerbe aufkommen kann. Ferner wenden sich die Kollegen noch gegen die Berichterstattung der „Graph. Presse“ über dieses Lohnabkommen, das als ein annehmbarer Schritt nach vorwärts angesehen wird. Die Würzener Kollegen verlangen, daß alle Hebel in Bewegung gesetzt werden müssen, um die Aufnahme neuer Verhandlungen zu ermöglichen, deren Ergebnis den tatsächlichen Verhältnissen mehr Rechnung trägt. Wir ersuchen die übrigen Mitgliedschaften, sich den letzten Teil der Resolution zu eigen zu machen, um derselben den nötigen Nachdruck zu verleihen.“

**Würzburg.** Die am 8. September tagende, gut besuchte Versammlung der Zahlstelle Würzburg nahm Stellung im Punkt 2 der Tagesordnung zu den letzten Lohnverhandlungen am 3. September 1921. Das Abkommen, das ab 16. Oktober und ab 1. Dezember je 10 Mk. auf den tatsächlichen Lohn an Zulage außer den 30 und 40 Mk. vorsieht, rief eine lebhafteste Diskussion hervor. Es wird allgemein nicht verstanden, vier Monate sich zu binden, wo niemand voraussagen kann, wie sich die Lebensverhältnisse schon in den nächsten Tagen gestalten werden. Nicht verstanden wird ferner, daß vor örtlichen Vorgehen seitens des Vorstandes gewarnt wird. Wir haben alle Verlassung, dringend darauf hinzuweisen, daß endlich einmal der Vorstand etwas unternimmt, die Städte mit 7,5 % (Würzburg) der jetzigen Teuerung entsprechend im Lohn zu stellen, da man in diesen Städten genau so teuer wie in der Großstadt lebt. Wir ersuchen deshalb den Vorstand, hier einmal helfend einzugreifen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Kollegen der Zahlstelle Würzburg sehen in dem neuen Lohnabkommen keine Hebung ihrer traurigen Lebenslage. Die Kollegen sind sich klar, daß diese Zulage ein Dahinvegetieren für weitere vier Monate bedeutet. Sie fordern deshalb ganz entschieden vom Vorstand, daß er sobald als möglich Schritte unternimmt, um die Lebenslage der Kollegen, den Zeiten entsprechend, der Teuerung anzupassen sucht.“

### Die photomech. Fächer.

#### Ortsberichte.

**Leipzig, Chemigraphen.** Am 19. d. M. nahmen die Leipziger Chemigraphen in einer überfüllten Versammlung Stellung zu den Beschlüssen der Tarifausschußsitzung vom 14. und 15. September. Nach dem ausführlichen Bericht des Kollegen Büchner, der den Anwesenden den nicht immer leichten Stand der Gehilfenvertreter, die selbst nicht davor zurückgeschreckt waren, bei allzu geringem Entgegenkommen der Unternehmer die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen, setzte eine sehr lebhafteste Aussprache über das Gebotene ein. Sämtliche Redner, welche an der Debatte teilnahmen, sind der Überzeugung, daß, wenn die neuen Zulagen auch einmal über die bisher

bewilligte Höhe von 10 und 15 Mk. hinausgegangen sind, sie doch bei weitem noch nicht ausreichend sind, um bei dem Stande der Teuerung auch nur annähernd eine Existenz fristen zu können. Es wurde an der Hand einer Wirtschaftsstatisik nachgewiesen, daß der heutige Lohn noch nicht einmal die Hälfte dessen beträgt, was man sich im Jahre 1914 bei einem Lohn von 40 Mk. hat leisten können. Die Gehilfenschaft sieht den Grund ihrer miserablen Lage in den von den Großbanken betriebenen Valutatschiebungen und der damit zusammenhängenden Geldentwertung sowie der Mißwirtschaft an dem Papiergeldmarkt. Die Gehilfenschaft bedauert, daß es der Regierung mit den ihr untergeordneten Organen noch nicht gelungen ist, auf diesem Wege Einhalt zu gebieten, um gewissenlosen Wucherern und Valutatschiebern das Handwerk zu legen. Ganz energischen Protest aber legen sie dagegen ein, daß die Gehilfenvertreter mit denen des Vorstandes trotz der guten Konjunktur sich auf eine langbefristete Lohnperiode festgelegt haben mit dem Zusätze, daß örtliches Vorgehen für die Zukunft unterbunden sein soll, wo doch gerade die Arbeiterschaft den willkürlichen Preisforderungen in der Industrie und der Landwirtschaft gegenüber vogelfrei ist. Die Leipziger Chemigraphen erwarten daher von ihren Organisationsvertretern, daß sie bei dem Stande der jetzt herrschenden Konjunktur die Scharte aussetzen und auf der im November tagenden Tarifausschußsitzung in eine abermalige Prüfung der Lohnlage eintreten. Zu Punkt 2 fordert der Vorsitzende die Kollegen auf, die Anträge, welche sich auf Abänderung des Tarifes beziehen, innerhalb acht Tagen beim Vorstand einzureichen, damit dieselben nach Sichtung zur rechten Zeit weitergegeben werden können, da die Zeit zur Abhaltung einer Versammlung zu kurz ist. Auf den Vorschlag, eine Sammlung zugunsten von Vertretern der kleinen Städte, „damit sie an den Vorbesprechungen der nächsten Tarifvertreterung vor der Tarifausschußsitzung teilnehmen können“, zu veranstalten, findet keinen Widerspruch. Nach Bekanntgabe, daß bei Abhalten von Überstunden bei der Besprechung mit dem Betriebsrat erst ein Gewerkschaftsvertreter zugegen sein muß, schloß der Vorsitzende die überaus imposant verlaufene Versammlung mit dem Wunsche, die nächste wieder so zahlreich besucht zu sehen.

### Die Tapetenbranche.

#### Ortsberichte.

**Berlin, Formstecher.** In der am 17. September 1921 vollzählig besuchten Versammlung erstattete Kollege Weiner Bericht über die Tarifverhandlungen in Frankfurt. Er schilderte die schwierigen Verhältnisse, unter denen die Gehilfenvertreter gezwungen waren, die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen. Die Unternehmer boten den Gehilfen eine Zulage von 40 Pfg. pro Stunde an und begründeten dieses Angebot mit der schlechten Geschäftslage. Auch gäbe es noch einen Teil Unternehmer, welche in Schmutzkonkurrenz nicht genug leisten können, indem sie sich bei den Tapetenfabrikanten bedeutend unter den üblichen Preisen anbieten. Es ist den Verbandsfirmen schwer, höhere Preise zu erzielen. Die Gehilfenvertreter konnten sich teilweise den Gründen nicht ganz verschließen, erklärten jedoch entschieden, dieses Angebot nicht annehmen zu können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind derart, daß eine Zulage von pro Stunde 1,50 Mk., wie sie von uns verlangt werden, noch lange nicht die Teuerung ausgleicht, die jetzt eingetreten ist. Nach stundenlangem Verhandlung gelang es den Gehilfenvertretern endlich, die Zulage von so-

fort 0,90 Mk., pro Stunde, ab 1. November 0,20 Mk., ab 1. Dezember weitere 0,20 Mk. herauszuholen. Die Gehilfenvertreter waren sich des Ernstes der Lage voll bewußt, aber sie sagten sich auch, bei einem evtl. Streik wird zurzeit nicht mehr herauszuholen sein, und deshalb haben sie die Zustimmung zu dem Abkommen gegeben. In der darauf folgenden teilweise heftigen Diskussion erklärten sämtliche Redner, daß die Zulage unter keinen Umständen den heutigen teuren Verhältnissen entsprechend geregelt ist. Sie sind der Meinung, daß die Gehilfenvertreter das Abkommen hätten ablehnen müssen. Unter allen Umständen muß verlangt werden, daß, wenn die Teuerungswelle anhält, es nicht bei den 20 resp. 40 Pfg. bleibt, sondern daß die Unternehmer die Einsicht haben, es nicht zum äußersten kommen zu lassen. Die Berliner Kollegen sind nicht willens, ihre Lage noch mehr verschlechtern zu lassen. Sie erwarten von den übrigen Kollegen, daß sie zusammenhalten, um gegebenenfalls gemeinsam für bessere Verhältnisse eintreten zu können.

**Dessau.** In mehreren Branchenversammlungen hatten die Formstecherkollegen Stellung zur Lage im Beruf sowie zu allen einschlägigen Tariffragen genommen. Die völlig unzureichenden Löhne, die rücksichtslose Ausnutzung der anscheinend weniger guten Konjunktur im Gewerbe durch die Unternehmer sowie die mangelhaften Informationen der Zentralkommission hatten eine berechtigende Empörung ausgelöst. Nur weil gewerkschaftliche Disziplin und guter Organisationsgeist die tiefere Erkenntnis der Kollegen waren, gelang es, eine dem Organisationsgedanken schädliche Auswirkung der Empörung hintanzuhalten. Nicht länger mehr aber waren die Kollegen gewillt, die bis zur Unerträglichkeit gesteigerte Herabdrückung der Lebenshaltung zu ertragen. In einer am 14. September abgehaltenen Versammlung beschlossen sie, die zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich gewährleisteten Maßnahmen voll und restlos zur Anwendung zu bringen. Hiernach soll endlich mit dem Insonderheit bei der Firma K. Jentsch beliebten System des Aussetzens gebrochen werden durch Anwendung von Kurzarbeit, die sich, soweit Spezialarbeiten nichts anderes erfordern, gleichmäßig auf alle Kollegen zu erstrecken hat. Ein Versuch zu durchgängiger Aufbesserung der Löhne um 1 Mk. pro Stunde soll im Rahmen tarifvertraglich zulässiger Maßnahmen gleichfalls unternommen werden. Die Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt, wie auch weiter nachstehende Resolution zu einstimmiger Annahme gelangte:

„Die heute, am 14. September, zu Dessau im „Tivoli“ versammelten Formstecher finden es sehr befremdlich, daß von der Zentralkommission bisher nichts verlaubar wurde über die Absichten und Maßnahmen, die geeignet und zu ergreifen sind, damit auch die Löhne der Formstecher wie die der anderen Berufe eine ausreichende Aufbesserung erfahren. Ein Lohnausgleich ist um so dringender notwendig, als durch die rapid steigende Teuerung die Lebenshaltung der Formstecher weit unter das Existenzminimum herabgedrückt worden ist. Die Kollegen erklären sich völlig desinteressiert vom Neuausschluß eines Tarifes, wenn es nicht gelingt, in Zeiten ungewöhnlich gewaltiger Preissteigerungen entsprechend bewegliche Löhne festzusetzen. Sie erwarten von den Verbandsinstanzen, falls dies inzwischen noch nicht geschehen sein sollte, daß unverzüglich Schritte unternommen werden, die den Formstechern das an Lohn sichern, was die einfachste Lebenshaltung erfordert. Die Kollegen sind nicht länger mehr gewillt, kleinkapitalistischem Unternehmeregismus und Profitgier liebe auf menschenswürdige Existenz Verzicht zu leisten.“

### Farbenätzer, perfekte Fertigmacher und Maschinenretuscheure

zu baldigem Antritt gesucht. Gefl. Angebote mit Angabe des Alters, Lohnansprüchen usw. an **EBERHARD SCHREIBER, Leipzig.**

### 1 Steindruckmaschinenmeister 1 Um- und Andrucker

für Farbendruck in Dauerstellung möglichst sofort gesucht **Friedr. Kirchner Druckerei-Gesellschaft, Erfurt.**

**Tüchtiger Andrucker** für Farbe und Schwarz sucht **Graphische Kunstanstalt Zerres & Co., Nürnberg.**

**Maschinenmeister** für Blechdruck von großer Blechballagenfabrik im Rheinland möglichst sofort gesucht. **Schillerwerk Godesberg Akt.-Ges., Godesberg am Rhein.**

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt mehrere

**1a Maschinenretuscheure** in dauernde und angenehme Stellung. Beunruhigte Offerten an **Graphische Kunstanstalt Hodcs & Co., G. m. b. H., Köln am Rhein, Maybachstraße 13a**

**Tüchtiger Steindruckmaschinenmeister** sofort gesucht **DRESDENER ETIQUETTENFABRIK Schupp & Nierth Dresden, Schumannstraße 48**

**2 Nachschneider** für Auto und Strich,

**1 Andrucker** für Schwarz und Farben, nur erste, erfahrene Kräfte für sofort oder später gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen, Antrittstermin und Zeugnisabschriften erbiten **Dr. von Löbbecke & Co., Erfurt.**

**Retuscheure** für 1a Maschinen bei hoher Bezahlung gesucht. **Graph. Kunstanstalt Curt Zimmermann Leipzig, Inselstraße 14.**

### 3 bis 4 Farbenätzer

für feinste Gemäldereproduktionen

### 1 Andrucker für Farben

nur älteres, erfahrene Kräfte stellt bei entsprechender Bezahlung ein **Dr. von Löbbecke & Co., Erfurt.**

### Lithographen

für Photoolitho sowie **Spamersche Buchdruckerei Leipzig.**

### Offsetdrucker

sucht **Tüchtiger Maschinenretuscheur sowie Klischeeandrucker** für Schwarz und Farben in dauernde Stellung gesucht. **RICHARD MÜLLER, Chemnitz Brückenstraße 31.**

### Oberretuscheur

älteres, Kraft, langjährig erfahren.

### 4 Retuscheure

für feinste Maschinen usw. werden bei leistungs-gemäßer Bezahlung eingestellt **Dr. von Löbbecke & Co., Erfurt.**

### Tüchtiger Andrucker

für Schwarz-Auto suchen **MEISENBACH, RIFFARTH & Co., Berlin-Schöneberg.**

### Positivretuscheure

für feinste Maschinenretusche stellen sofort ein und erbiten Angebote mit Zeugnisabschriften und Ansprüchen **Dr. von Löbbecke & Co., Erfurt.**

### Tüchtiger Photograph

für Strich, Auto u. Kopieren zum baldigen Eintritt gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften erbeten **Graph. Kunstanstalt Müller Siefert & Cie., G. m. b. H., Mannheim.**

### Erstklassige Autoätzer

sowie ein **perfekter Retuscheur** finden dauernde angenehme Stellung bei **Fritz Haussmann, Darmstadt.**

### Verschiedenes

**Graphische Fachklassen** Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die **Barmen** Kunstgewerbeschule